

stufen. Er gibt demokratischen Staaten fünf Empfehlungen: (a) den Wahlvorgang umfassend vor der Einflussnahme aus dem Cyberraum zu schützen; (b) die Öffentlichkeit durch Datentransparenz von der Integrität des Wahlprozesses zu überzeugen; (c) daran zu arbeiten, staatlich finanzierte oder patriotische Hacker aufzuspüren und zu bestrafen; (d) einen *Code of Conduct* zu entwickeln, der den Grundsatz der gegenseitigen Nichteinmischung in Wahlen festschreibt; und (e) internationalen Konsens herzustellen, dass ein willentlicher Angriff auf das Wahlsystem als physischer Angriff auf das staatliche Territorium einzustufen ist, welcher internationales Recht bricht und daher Maßnahmen des Selbstschutzes rechtfertigt.

(2) Im Bereich *Menschenrechte* hat es für den Autor höchste Priorität, dass demokratische Staaten mit positivem Beispiel vorangehen und Menschenrechte in der digitalen Welt respektieren. Daher sollen sie erstens daran arbeiten, angemessene Normen z. B. durch UN-Resolutionen, zu schaffen. Zweitens sollen Staaten bei Gesetzen und Regulierungen, die Inhalte im Web oder in der digitalen Kommunikation einschränken, stets die digitalen Menschenrechte berücksichtigen. Zudem nimmt Piccone Privatunternehmen in die Pflicht: Sie sollen Systeme, Produkte und Protokolle entwickeln, die Bürger vor fremden digitalen Zugriffen schützen.

(3) Im Bereich *Internet Governance* sieht Piccone die demokratischen Staaten verpflichtet, sich klar hinter dem Ziel einer offenen Internet Governance zu vereinen. Die *Community of Democracies* soll daher eine Cyber-Sicherheitsarbeitsgruppe einsetzen. Diese hat vier Aufgaben: (a) einen freiwilligen „code of internet governance“ zu erarbeiten, der sich an bisherigen vielversprechenden Initiativen, wie der *Internet Governance Strategy 2016–19* des Europarates, orientiert; (b) die Ausbildung politischer Entscheidungsträger im komplexen Feld Demokratie und Cyber-Sicherheit zu koordinieren; (c) Mitgliedstaaten zu unterstützen, ihre Fähigkeiten zum Schutz der demokratischen Prozesse auszubauen; und (d) diese Fortschritte zu beobachten, zu begleiten und zu fördern.

Die vorliegende Studie gibt für die ersten beiden Problembereiche *Demokratische Wahlen* und *Menschenrechte* nur sehr allgemeine Empfehlungen. Erst für den dritten Bereich *Internet Governance* werden der *Community of Democracies*, dem eigentlichen Adressaten, konkrete Handlungsvorschläge unterbreitet.

https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2017/08/fp_20170905_democracy_cyber_security.pdf

Russlands Sondereinsatzkräfte

Sarah Fainberg: Russian Spetsnaz, Contractors and Volunteers in the Syrian Conflict, Institut français des relations internationales (IFRI), Russie, *Nei. Visions*, No. 105, 12. Dezember 2017

Tom Parfitt: President Putin's Private Army Pays a High Price for Syria Success, *The Times* (London), 30. Dezember 2017

Besprochen von **Dr. Hannes Adomeit**, Non-resident Fellow, Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel.

E-Mail: hannes.adomeit@t-online.de

<https://doi.org/10.1515/sirius-2018-0013>

Innerhalb weniger Wochen nach der Verkündung des Einsatzes russischer Streitkräfte in Syrien am 30. September 2015 schaffte es Russland, das Kräfteverhältnis im Bürgerkriegsland zugunsten des Assad-Regimes zu verschieben. Nach rund zweieinhalb Jahren Krieg kontrollieren die syrischen Streitkräfte wieder den größten Teil des Landes. Dieser Erfolg aus der Sicht des Kremls konnte trotz des Einsatzes relativ begrenzter militärischer Ressourcen verbucht werden. Das russische Kontingent bestand aus nicht mehr 4.000 Soldaten und mehreren Dutzend Kampfflugzeugen, die von dem neu eingerichteten Luftwaffenstützpunkt in Hmeimim in der Provinz Latakia und der Marinebasis in Tartus aus operierten. Zudem wurden von strategische Bombenflugzeugen, Überwasserschiffen und U-Booten sowie vom ins östliche Mittelmeer zeitweise entsandten Flugzeugträger Admiral Kuznecov Angriffe gegen Ziele in Syrien durchgeführt.

Die Stationierung regulärer russischer Streitkräfte und ihrer Einsätze in Syrien sind vom Kreml nicht nur eingeräumt, sondern auch über seine Medieneinrichtungen wie Sputnik und RT propagandistisch hervorgehoben worden. Dies betrifft allerdings lediglich Luftschläge. Offiziell beteiligt sich Russland nicht an Bodeneinsätzen. In Wirklichkeit gibt es diese jedoch in Form der Anwendung vielfältiger neuer Militärkräfte, die an den syrischen Frontlinien neben den regulären Truppen eingesetzt worden sind.

Sarah Fainberg, Research Fellow am Institute for National Security Studies (INSS) in Tel Aviv, hat sich mit diesem wenig erforschten Aspekt der russischen Intervention in Syrien beschäftigt. Zu den im Konflikt offiziell verschwiegenen bewaffneten Kräften rechnet sie Sondereinheiten aus der seit 2013 einsatzbereiten integrierten Kommandostruktur Sondereinsatzkräfte der Streitkräfte der Russischen Föderation (SSO VS RF). Unterstellt wurden ihr die Sondereinsatzkräfte (*sily special'nykh operacii*)

und Truppen für Sonderaufgaben (*vojska special'nogo naznačeniya*). Zu den in Syrien eingesetzten militärischen Kräften zählten weiterhin Einheiten der neu geschaffenen Militärpolizei und „Freiwillige“ (*dobrovol'cy*) beziehungsweise Söldner, die im Auftrag angeblich regierungsunabhängiger Militärunternehmen an den Kampfhandlungen teilnahmen. Unter ihnen befanden sich Veteranen aus den beiden tschetschenischen Kriegen und den georgischen und ukrainischen Konflikten sowie eine beträchtliche Anzahl sunnitischer Muslime aus dem Nordkaukasus. Einige Kräfte waren Fainberg zufolge schon zwei Monate vor dem offiziellen Eintritt Russlands in den syrischen Konflikt aktiv.

Die zusätzlich zu den regulären Truppen im Syrien-Krieg verwandten militärischen Kräfte beschreibt Fainberg im Einzelnen wie folgt:

- *Sondereinheiten (Specnaz)* des militärischen Geheimdienstes GRU, des Inlandsgeheimdienstes FSB, des Auslandsgeheimdienstes SVR und der 431. Marineaufklärungsbrigade. Erst im Februar 2017 sei der Einsatz der *Specnaz* offiziell eingeräumt worden, als Verteidigungsminister Sergej Šojgu ihre „große Effizienz in Syrien“ pries. Möglicherweise nahm er dabei vor allem auf zwei Einsätze Bezug, die der Autorin zufolge dazu beitrugen, das militärische Blatt zugunsten Assads zu wenden – die Schlacht um Aleppo im Dezember 2016 und die zweite Palmyra-Offensive von Januar bis März 2017. Trotz der großen Aufmerksamkeit, welche Fainberg und andere Analysten den *Specnaz* widmet, ist die von ihnen geschätzte, in Syrien eingesetzte Anzahl von rund 250 Mann verhältnismäßig gering.
- Eine größere Anzahl inoffizieller Einsatzkräfte in Syrien bestünde aus der *Militärpolizei*. Hierbei, so die Autorin, handle es sich unter anderem um ein aus dem Tschetschenien Ramzan Kadyrovs abgestelltes Bataillon in Stärke von 300 bis 500 Mann, das im Kampf um Aleppo eingesetzt wurde. Im Februar 2017 soll das Bataillon von weiteren Nordkaukasiern verstärkt worden sein, von 300 bis 400 Kämpfern aus Inguschetien. Eine der vielfältigen Aufgaben der Einheiten der Militärpolizei über den speziellen Einsatz in Kämpfen hinaus sei die Gewährleistung von Sicherheit in den von Russland, Iran und der Türkei designierten „Sicherheits-“ oder „Deeskalations-Zonen“.
- Das umfangreichste Kontingent der inoffiziellen bewaffneten Kräfte Russlands im Syrien-Konflikt seien „Freiwillige“ die zum größten Teil im Auftrag angeblich privater Militärunternehmen Dienst tun, im Prinzip also nach westlicher Definition eigentlich

Söldner seien. Russischer Gesetzgebung zufolge seien derartige Unternehmen verboten. Ein erster großer Verband, der in Syrien eingesetzt wurde, sei das Slawische Korps (*Slavjanskij korpus*) gewesen, das aber aufgelöst wurde, weil sich Teile der Einheiten islamistischen Rebellengruppen anschlossen. Ein zweites, vom Standpunkt des Kremls militärisch und politisch brauchbareres Söldnerunternehmen sei die Gruppierung *Specnaz* der UdSSR, die seit April 2017 eingesetzt worden sei und zwischen 800 und 1.200 Mann umfasse. Man nehme an, so Fainberg, dass sich zu diesem „privaten“ Militärunternehmen hauptsächlich Muslime und Mitglieder russischer Turkvölker aus dem Kaukasus und Zentralasien gemeldet hätten. Die dritte, wichtigste und personell größte inoffizielle Militärorganisation sei die Wagner Gruppe.

Dieses Söldnerunternehmen ist eingehend von Tom Parfitt von der Londoner Times untersucht worden. Wagner sei der *nom de guerre* seines Kommandanten, Dmitrij Utkin, ein früherer russischer Soldat der *Specnaz* der jetzt Ende 40 Jahre alt sei. Der Name der Söldnertruppe gehe auf Utkins Interesse an Nazi-Deutschland zurück und – offensichtlich wie die musikalischen Vorlieben Hitlers – auf Richard Wagner. Viele Mitglieder der Wagner-Truppe seien Veteranen der russischen Streitkräfte oder hätten als „Freiwillige“ mit den pro-russischen Separatisten in der Ostukraine gekämpft. Das Trainingslager der Söldnertruppe befinde sich in Molkino im Gebiet Krasnodar nicht weit entfernt von einem russischen *Specnaz*-Ausbildungszentrum. Zwischen 1.500 und 2.000 Söldnern, also eine Anzahl, die etwa halb so groß wie das offizielle Militärkontingent Russlands in Syrien ist, hätten sich in kritischen Phasen des Syrien-Konflikts an den Kämpfen beteiligt. Sie verfügten nicht nur über leichte Infanteriewaffen, sondern auch über T-72 Kampfpanzer und Artillerie.

Der Autor stellt zu Recht fest, dass Putin geleugnet hat, dass reguläre Soldaten im Donbass eingegriffen hätten, er aber 2014 zugegeben habe, dass „Freiwillige“ aus Russland, einem „Ruf des Herzens“ folgend, in die Ostukraine gereist seien, diese aber keine Söldner seien, weil sie nicht bezahlt würden. Parfitt zufolge erhielten die Wagner-Kämpfer in Syrien jedoch je nach Rang und Schwere der Auseinandersetzungen, an denen sie beteiligt seien, bis zu 240.000 Rubel (4.250 USD) im Monat. Allerdings überstiegen die Verluste der Truppe mit mehr als 150 Toten die der regulären, in Syrien eingesetzten russischen Streitkräfte.

Die Geheimhaltung der Einsätze habe beiden Autoren zufolge ihren guten Grund. Aus innenpolitischen Erwägungen will der Kreml das Erfolgsnarrativ seiner Syrien-Intervention nicht durch Berichte über hohe Kosten und Verluste trüben lassen. Offiziell hat Moskau verlauten lassen, bis Ende 2017 hätten die russischen Streitkräfte bei all ihren Einsätzen nur 45 Tote zu beklagen gehabt.

<https://www.ifri.org/en/publications/notes-de-lifri/russieneivisions/russian-spetsnaz-contractors-and-volunteers-syrian>

<https://www.thetimes.co.uk/edition/world/president-putins-private-army-pays-a-high-price-for-syria-success-gdlpg6xfq>

Asien-Pazifik

Benjamin Herscovitch: A Balanced Threat Assessment of China's South China Sea Policy, Washington, DC; CATO Institute, August 2017.

Besprochen von **Johannes Mohr**, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel;
E-Mail: mohr@ispk.uni-kiel.de

<https://doi.org/10.1515/sirius-2018-0014>

Benjamin Herscovitch, Wissenschaftler am Sea Power Centre – Australia, widmet sich in einer Studie des CATO Institute der Risikoanalyse von Chinas Politik im Südchinesischen Meer. Herscovitch kommt zu dem Ergebnis, dass die Gefahren von Chinas Strategie allgemein als zu hoch bewertet würden, und dass das Risiko einer größeren Auseinandersetzung in diesem Streit gering sei. Diese Einschätzung der Gesamtlage stützt sich auf die Diskussion möglicher Gefahren für fünf verschiedene Bereiche der internationalen Politik.

Erstens stelle Chinas Vorgehen im Südchinesischen Meer kaum eine Gefahr für die *regionale und globale Sicherheit* dar. China habe in der Vergangenheit zwar durchaus militärische Gewalt im Streit um Inseln – etwa gegen Vietnam – eingesetzt und zeige sich in den letzten Jahren deutlich bereitwilliger, Zwangsmittel auch gegen die Philippinen einzusetzen. Allerdings sei die Wahrscheinlichkeit, dass diese Scharmützel zu einem größeren Konflikt eskalieren könnten, dennoch gering. Herscovitch begründet dies damit, dass die chinesische Regierung in der Vergangenheit stets sehr vorsichtig agierte und Gewalt gegen Vietnam (1974, 1988) und offensivere Taktiken gegen die Philippinen (1994, seit 2008) nur einsetzte, wenn die regionalen und internationalen Umstände eine Eskalation sehr unwahrscheinlich erscheinen ließen. Hier lasse sich eine Politik des „Pragmatismus und der Nutzung

strategischer Chancen“ erkennen. Diese Politik Pekings könne etwa in der Besetzung weiterer, leerer Landformationen und in neuerlichen Landgewinnungsmaßnahmen ihre Fortsetzung finden („Salamitaktik“). Denn kaum eine Regierung sei bereit, die wirtschaftlichen Kosten und das strategische Risiko eines Streits mit China zu riskieren, um hier einzuschreiten.

Zweitens lasse sich aus der Politik der chinesischen Regierung im Südchinesischen Meer keine Opposition Chinas gegen die regelbasierte *liberale Weltordnung* ablesen. Die Handlungen und Ansprüche Chinas seien zweifelsohne völkerrechtswidrig, allerdings müsse auch festgehalten werden, dass China in anderen Bereichen die internationale Ordnung stütze. Dies gelte beispielsweise für Chinas Unterstützung des Freihandels, sein Engagement bei Anti-Piraterie-Missionen und UN-Friedenseinsätzen und bei seiner Rolle als Stabilitätsanker während der Finanzkrise. Die regional beschränkte Zurückweisung internationaler Rechtsnormen etwa im Südchinesischen Meer entspreche vielmehr der gängigen Praxis vieler Nationen, die in bestimmten Fragen nationale Interessen vor allgemein anerkannte Prinzipien stellten. Herscovitch möchte seine Bemerkung jedoch nicht als Rechtfertigung oder Relativierung verstanden wissen. Vielmehr ist ihm wichtig, dass Chinas Verhalten im Südchinesischen Meer nicht als Versuch zur Unterminierung der internationalen Ordnung interpretiert werde. Diesbezüglich sei das Risiko gering.

Drittens – und dies ist vielleicht der interessanteste Aspekt der Studie – seien die Spannungen im Südchinesischen Meer kaum eine Herausforderung für den *Welt-handel*. Damit stellt sich Herscovitch gegen die populäre Meinung und die häufig zu hörende Warnung, ein Konflikt im Südchinesischen Meer hätte fatale Folgen für den globalen Handel und insbesondere für die Wirtschaft der USA und der US-Verbündeten wie Japan und Südkorea. Dies sei jedoch nicht zutreffend. Denn erstens wäre China selbst von einer Unterbrechung der Seehandelsrouten am stärksten betroffen und werde daher wohl eher keine eigene Blockade im Südchinesischen Meer versuchen. Zweitens würden auch größere Gefechtshandlungen im Südchinesischen Meer den internationalen Handel in der Region nicht unterbrechen. Denn anstatt auf direktem Weg durch das Südchinesische Meer zu navigieren, könnten Frachter entweder entlang der Küste Malaysias und der Philippinen oder sogar um Borneo und durch die philippinischen Archipelgewässer das Südchinesische Meer gänzlich umschiffen. Dies würde lediglich zu längeren Schifffahrtswegen führen.

Viertens dürfte die Politik der chinesischen Regierung kaum die *Freiheit der Schifffahrt* und die entsprechenden